## Antrag

## der Fraktion der AfD

## "Thüringen: Herzstück Deutschlands" - Für eine Neuausrichtung des Thüringen-Tourismus

- Die Landesregierung wird aufgefordert, eine neue Tourismusstrategie zu erstellen und dabei folgende tourismuspolitische Anliegen umzusetzen:
  - Die kulturelle Eigenart und Identität Thüringens soll authentisch vermarktet werden.
  - Landes- und Tourismusmarketing sollen mit einer einheitlichen Vermarktungsstrategie und einer einheitlichen Marke zusammengeführt werden.
  - Eine neue "Thüringen-Marke" soll in Anknüpfung an das "Grüne Herz", aber ohne den einseitigen Fokus auf das Reisemotiv "Natur", etabliert werden, vorzugsweise "Thüringen: Herzstück Deutschlands".
  - 4. Die Kooperation mit Unternehmern in Thüringen (Mittelständlern, Familienunternehmern, Handwerkern, Gastwirten, Hoteliers und so weiter) im Vermarktungsbereich soll intensiviert werden, die Bürger in Thüringen sollen als Botschafter ihrer Heimat begriffen werden.
  - Anstatt einseitig "Leuchtturmprodukte" zu vermarkten, soll stärker auf umfassendere touristische Kategorien abgehoben werden, wobei nicht nur einzelne Reiseziele, sondern Themen und Ereignisse als Reiseanlässe im Vordergrund stehen sollen.
  - 6. Eine Ausbildungsoffensive und eine Imagekampagne für die Gastronomie sollen ins Werk gesetzt werden.
  - 7. Professionalitätsschulungen für touristische Dienstleister sollen gefördert werden.
  - 8. Politische und wirtschaftliche Akteure sollen für die Bedeutung des Tourismus als Leitökonomie sensibilisiert werden.
  - Eine "Thüringer Gästekarte" ist einzuführen, welche die kombinierte Nutzung von Tourismus- und Freizeitangeboten und des Nahverkehrs in Thüringen unkompliziert ermöglicht.
  - 10. Die neu einzuführende "Thüringer Gästekarte" soll an alle Familien in Thüringen mit drei oder mehr Kindern kostenfrei ausgegeben werden.

- II. Die Landesregierung wird aufgefordert, zur Stärkung des Tourismus
  - 1. die Förderung des Ausbaus der touristischen Infrastruktur in Thüringen zu priorisieren und dabei auch die günstige Verfügbarkeit des öffentlichen Personennahverkehrs auszubauen;
  - die auskömmliche Finanzierung der Kommunen sicherzustellen, sodass diese in die Lage versetzt werden, den Tourismus als freiwillige Aufgabe im Spannungsfeld kommunaler Obliegenheiten nachhaltig zu fördern;
  - den weiteren Ausbau der Windindustrie in Thüringen zu verhindern, um der Zerstörung des Landschaftsbildes ein Ende zu setzen und die Attraktivität Thüringens als Reiseziel zu erhalten;
  - eine gründliche Aufarbeitung der Coronamaßnahmenpolitik vorzunehmen, die dem Tourismus und der Gastronomie besonders geschadet hat, und von flächendeckenden Grundrechtseinschränkungen und Ausnahmezuständen in Zukunft abzusehen;
  - sich auf Bundesebene für die dauerhafte Senkung der Umsatzsteuer auf Speisen und Getränke in Restaurants auf sieben Prozent einzusetzen und zwischenzeitlich über geeignete Fördermaßnahmen die Mehreinnahmen des Landes aufgrund der seit 1. Januar 2024 erfolgten Steuererhöhung auf 19 Prozent in Tourismus und Gastronomie zu reinvestieren;
  - sich für das Ende der fehlgeleiteten Mobilitätswende und die Aufhebung des EU-Verbrennungsmotorverbots bis zum Jahr 2035 einzusetzen, um nicht der individuellen Mobilität als Voraussetzung für Reisen nach Thüringen entgegenzuwirken.

## Begründung:

Die im Jahr 2017 erstellte "Tourismusstrategie 2025" der Landesregierung ist bis zum Jahr 2025 ausgelegt. Seit der Erstellung der Strategie haben sich die Bedingungen für den Tourismus in Thüringen stark verändert. Die Coronamaßnahmenpolitik, eine politisch verursachte Teuerung und die damit verbundene Kaufzurückhaltung der Kunden belasten die touristischen Dienstleister besonders stark. Nicht zuletzt wurden die Gastronomen und Hoteliers darüber getäuscht, dass die Steuerentlastung im Bereich der Speisen im Rahmen von Restaurantbesuchen dauerhaft gesenkt bleibe. Laut der Finanzministerin profitiert das Land Thüringen von der Steuererhöhung mit circa 35 Millionen Euro Mehreinnahmen. Diese sollen in das Tourismus- und Gastgewerbe zurückfließen. Die Politik muss die Fehler der Vergangenheit korrigieren, den Tourismus zukunftsfest aufstellen, Planungssicherheit wiederherstellen und den Unternehmen neue Perspektiven eröffnen.

Für die Fraktion:

Braga